



Bruchköbeler BürgerBund – Fraktion –
Kurt-Schumacher-Ring 15, 63486 Bruchköbel

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Thomas Demuth
- Sitzungsbüro -
Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Fraktion

Alexander Rabold
Fraktionsvorsitzender

Kurt-Schumacher-Ring 15
63486 Bruchköbel
Tel.: 049 (0) 61 81 / 77 40 3
Mobil: 049 (0) 170 - 73 01 32 3
eMail: alexander.rabold@brk-bb.de

fraktion@brk-bb.de
www.bruchkoebeler-buergerbund.de

Seite 1 von 2

Bruchköbel, den 27.10.2010

Antrag: Gleichbehandlung der Bürger bei Straßenbeiträgen

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Demuth,
die Fraktion des Bruchköbeler BürgerBund – (BBB) bittet, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung am 09.11.2010 zu setzen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Zusammenhang mit der aktuellen Erhebung von Straßenbeiträgen bei den Anwohnern in Waldstraße, Waldseestraße und gegebenenfalls weiterer Straßen wird sichergestellt, dass die Anwohner hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der städtischen Beitragsbescheide im Ergebnis gleich behandelt werden. Wenn sich herausstellt, dass den städtischen Bescheiden rechtsfehlerhafte Überlegungen zugrundeliegen, sind auch die Bescheide der Anwohner, die keinen Widerspruch oder keine Klage erhoben haben, nachträglich zu ihren Gunsten abzuändern. Die Stadt darf sich nicht auf Kosten ihrer Bürger bereichern.

Begründung:

Im Rahmen der Festsetzung von Straßenbeiträgen hat der Magistrat in jüngerer Zeit sogenannte „fiktive Straßenentwässerungskosten“ gegenüber den betroffenen Anwohnern in Anrechnung gebracht. Das hat die Straßenbeiträge für die Anwohner um rund 30 %, also ganz erheblich verteuert. Es laufen unter anderem deshalb zahlreiche Widerspruchsverfahren und einige Klageverfahren. Im Falle eines erfolgreichen Widerspruchs- oder Klageverfahrens profitiert formalrechtlich nur derjenige davon, der den Widerspruch oder die Klage erhoben hat. Derjenige Anwohner, der kein Rechtsmittel eingelegt hat, weil er auf die Rechtmäßigkeit des Handelns der Stadtverwaltung vertraut, ist also der Dumme, wenn sich herausstellt, dass die Beitragserhebung fehlerhaft und damit rechtswidrig war. Er bekommt sein Geld nicht zurück. Das ist in hohem Maße ungerecht, denn es bestraft die „braven Bürger“, die auf die Rechtmäßigkeit des Handelns der öffentlichen Verwaltung vertrauen.

Es ist nicht anständig, wenn die Stadt von Bürgern rechtswidrig zu hohe Beiträge einzieht, diese hinterher aber behalten will, obwohl sie diese aufgrund eigener Fehler zu hoch berechnet hat.. Der Bruchköbeler BürgerBund fordert, dass in diesem aktuellen Fall eine Gleichbehandlung der Anwohner vorgenommen und zugesagt wird. Die Stadt soll Geld ihrer Bürger, das ihr nicht zusteht, nicht behalten. Durch eine Zusage der Gleichbehandlung wird den Anwohnern und der Verwaltung Zeit, Mühe und Geld erspart, da nur relativ wenige Verfahren quasi als Musterprozesse geführt werden müssen. Das entlastet alle Beteiligten und ist bürgerfreundlich und gerecht.

Im Zusammenhang mit den Straßenbeiträgen im Kurt- Schumacher- Ring ist seinerzeit ebenso verfahren worden und das hat sich dort sehr gut bewährt.

**Alexander Rabold**

- Fraktionsvorsitzender -

Bruchköbeler BürgerBund